

Karin Küblböck, ÖFSE

PR: PUBLIC RELATION ODER POVERTY REDUCTION?

Die Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) von Währungsfonds und Weltbank

Hintergrund

Bei Betrachtung der Themen Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung stellt sich die Frage nach Spielräumen für eine armutsorientierte Politik in den Entwicklungsländern. Viele arme und ärmste Länder haben diese Spielräume angesichts ihrer Überschuldung nicht. Trotz zahlreicher Entschuldungsinitiativen im Rahmen des Pariser Clubs, d. h. der bilateralen Gläubiger, konnte die Verschuldungsproblematik für die ärmsten Länder nicht gelöst werden.

Der Tatsache, dass auch auf multilateraler Ebene Lösungsansätze geboten werden müssen, wurde von offizieller Seite her erstmals 1996 bei der Präsentation der HIPC-Initiative Rechnung getragen. Bei dieser Initiative handelt es sich um die erste Initiative für eine umfassende Schuldenerleichterung, die sowohl die bilateralen als auch die multilateralen Gläubiger miteinbezog.

Die Kriterien, die ein Land erfüllen musste, um in Genuss einer Entschuldung zu kommen, waren jedoch, wie sich bald herausstellte, viel zu restriktiv. Bis 1998 hatten lediglich vier Länder (unzureichende) Schuldenerleichterungen im Rahmen der HIPC-Initiative erhalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen, v. a. die internationale Kampagne Jubilee 2000 machten in diesem Zusammenhang großen Druck, um weitreichenderen Schuldenerlass, u. a. durch eine Verbesserung der HIPC-Initiative, zu erreichen.

Am G7-Gipfel in Köln im Juni 1999, der von einer großen Demonstration für Schuldenerlass und einem weitläufigen Aufgebot von NGO-Parallelveranstaltungen begleitet war, wurde eine Nachbesserung der HIPC-Initiative beschlossen. Mit der konkreten Ausarbeitung der neuen Bedingungen wurden IWF und Weltbank betraut, auch mit der Aufforderung, den Schuldenerlass stärker an eine wirksame Bekämpfung der Armut zu binden.

Der neue Ansatz: Die PRSP-Initiative

Darauffolgend wurden auf der gemeinsamen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September 1999 neue Kriterien für die HIPC-Initiative präsentiert sowie mit der sogenannten

Poverty Reduction Strategy ein neuer Ansatz dieser Institutionen vorgestellt. Dieser Ansatz dient seit diesem Zeitpunkt als Grundlage für Schuldenerleichterungen im Rahmen der HIPC-Initiative sowie als Basis für alle von Währungsfonds und Weltbank vergebenen Kredite für Länder mit niedrigem Einkommen (sog. Low Income Countries).

Erstmals nimmt damit der Internationale Währungsfonds das Ziel der Armutsbekämpfung in seine Agenda auf. Bisher waren die Ziele der Programme des IWF die Herstellung von makroökonomischer Stabilität und Wirtschaftswachstum. Die Armutssagenden oblagen der Weltbank sowie anderen multilateralen und bilateralen Geberorganisationen.

Immer wieder war von Seiten der KritikerInnen auf die negativen Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme auf die Armutssituation der Länder hingewiesen worden. Weiters wurden die Strukturanpassungsmaßnahmen wiederholt wegen ihres intransparenten und undemokratischen Zustandekommens beanstandet. Der neue Ansatz ist somit als Zugeständnis an die Kritik zu sehen und als Eingeständnis, dass durch die Strukturanpassungsprogramme weder das Ziel des Wirtschaftswachstums erreicht wurde, noch „automatisch“ eine Verringerung der Armut in den jeweiligen Ländern eingetreten ist.

Die Neuerungen

In den letzten Jahren sind von den Internationalen Finanzinstitutionen wiederholt neue Initiativen und Ansätze angekündigt worden, die aber an der eigentlichen Vergabepolitik und den Bedingungen für neue Kredite nichts Wesentliches geändert haben. Der PRSP-Ansatz enthält aber im Vergleich mit der bisherigen Vergabepolitik der internationalen Finanzinstitutionen einige Neuerungen, die in der Folge näher betrachtet werden sollen.

- Armutsbekämpfung soll zum Oberziel für alle Programme von IWF und Weltbank für Länder mit niedrigem Einkommen (LICs) werden.
- Die Basis für die Armutsbekämpfungsstrategie stellt ein sogenanntes Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) dar. Dabei soll die Armutsbekämpfung laut

Weltbank in einen kohärenten, wachstumsorientierten makroökonomischen Rahmen gestellt werden. Das PRSP soll von den Regierungen der kreditnehmenden Länder ausgearbeitet werden und nicht wie die Programme davor, in den Zentralen der Internationalen Finanzinstitutionen. IWF und Weltbank sollen nur noch eine beratende Funktion einnehmen.

- Eine wichtige Komponente des PRSP-Prozesses ist die Einbindung der zivilgesellschaftlichen Gruppen des Landes in die Formulierung des Programmes.
- Die Formulierung des PRSP durch die jeweilige Regierung mit Beteiligung der Zivilgesellschaft soll dazu führen, dass das „ownership“ dieser Programme erhöht wird, d. h. dass die Regierung und die verschiedenen Interessensgruppen die im Programm formulierten Ziele und Maßnahmen unterstützen und mittragen.
- Alle öffentlichen Geber – also sowohl die anderen multilateralen Institutionen wie z. B. UNO-Organisationen als auch die bilateralen Geber – sollen ihre Kreditvergabe und die Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit koordinieren. Dieser Prozess (von der Weltbank als „Comprehensive Development Framework“ betitelt) soll im PRSP in Form eines konkreten Aktionsprogrammes seinen Niederschlag finden.

Zusammenhang mit den bisherigen Instrumenten des IWF

Die Kreditlinie, aus der Niedrigeinkommens-Länder konzessionelle Kredite erhalten, wurde von ESAF (Enhanced Structural Adjustment Facility) in PRGF (Poverty Reduction and Growth Facility) umbenannt. Zinssatz und Rückzahlungsbedingungen bleiben gleich. Die Bedingung für die Gewährung von Mitteln aus dieser Kreditlinie ist die Formulierung eines PRSP und die Akzeptanz dessen durch IWF und Weltbank. Das PRSP ersetzt somit das Policy Framework Paper des Internationalen Währungsfonds, in dem die verschiedenen Strukturanpassungsmaßnahmen festgesetzt waren. Das PRSP soll alle drei Jahre aktualisiert werden, Fortschrittsberichte sollen jedes Jahr erstellt werden.

Nach Fertigstellung eines PRSP durch die Regierung eines Landes wird das Dokument einer Einschätzung von Währungsfonds und Weltbank unterzogen, einem sogenannten Joint Staff Assessment (JSA).

Im Joint Staff Assessment sollen vor allem folgende Bereiche berücksichtigt werden:

- Diagnose der Armutssituation
- Quantifizierbare Ziele und Monitoring
- (Wirtschafts)politischer Kontext
- Beschreibung des Partizipationsprozesses¹

Das JSA dient als Entscheidungsgrundlage für das Board der Exekutivdirektoren von IWF und Weltbank. Das PRSP muss dann von diesen Gremien genehmigt werden.

Inhalt des Poverty Reduction Framework Papers

Ein PRSP soll folgende Elemente umfassen:

- eine Analyse der Armutssituation des Landes,
- die mittel- und langfristigen Ziele für Armutsreduktion

und darauf aufbauend:

- die durchzuführenden Maßnahmen der Wirtschafts-, Struktur- und Sozialpolitik
- den externen Finanzierungsbedarf und die Hauptfinanzquellen sowie
- Indikatoren zur Erfolgsmessung

Das Programm umfasst einen Zeitraum von 3 Jahren.

Das Interim-PRSP (IPRSP)

Kurz nach der Vorstellung des Armutsbekämpfungsansatzes wurde klar, dass ein umfassendes, partizipatives Armutsbekämpfungsprogramm Zeit erfordert, die Notwendigkeit eines baldigen Schuldenerlasses aber mehr als dringend ist. Das möglichst schnelle Erlangen von Schuldenerlass ist für viele Länder aber oberste Priorität, wodurch sich gleich zu Beginn zeigte, dass die Qualität des Armutsbekämpfungsprogrammes darunter leidet. Daher wurde als Zwischenschritt das sogenannte Interim-PRSP (IPRSP) vereinbart.

Länder, deren Entscheidung für einen Schuldenerlass (Decision Point) unmittelbar bevorsteht, sollen ein IPRSP erstellen. Dieses erfordert keine zivilgesellschaftliche Partizipation.

Ein IPRSP muss folgende Elemente beinhalten

- eine erste Analyse der Armutssituation nach gegenwärtigem Wissensstand
- Beschreibung der derzeitigen Armutsbekämpfungsstrategie
- Beschreibung der Strategie für die Formulierung des endgültigen PRSP
- Beschreibung des geplanten Konsultationsprozesses

Aufgrund des IPRSPs kann auch ein sogenannter Interimistischer Schuldenerlass erfolgen, der dann nach Fertigstellung und Verabschiedung des vollständigen PRSP definitiv gestellt wird.

Alle IPRSPs und PRSPs werden nach Absprache mit der jeweiligen Regierung auf den Homepages der Weltbank und des IWF veröffentlicht:

(www.worldbank.org/prsp; www.imf.org/prsp)

Ursachen für diesen neuen Ansatz der Internationalen Finanzinstitutionen

- Alle OECD-Geberländer haben bereits Mitte der 90er Jahre die Internationalen Entwicklungsziele unterschrieben. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative von OECD, Weltbank, Währungsfonds und UNO. Darin ist u. a. das Ziel enthalten, die absolute Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren². Die PRSP-Initiative kann somit als gemeinsame Anstrengung gesehen werden, sich diesen Zielen zumindest anzunähern.
- Seit dem Ende des Kalten Krieges sind in der Entwicklungspolitik zwei (zusammenhängende) Trends festzustellen: sinkende Entwicklungshilfeleistungen einerseits sowie mehr Betonung von eigenständiger Entwicklung andererseits:

Angesichts der sinkenden Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit seit Beginn der 90er Jahre mehren sich die Bestrebungen, die verbleibenden Mittel effizienter einzusetzen. In diesem Zusammenhang könnte man auch die größere Bedeutung von „Good Governance“ sehen, da z. B. weniger Korruption bedeutet, dass weniger Geld verschwindet und die Effizienz der eingesetzten Mittel gesteigert werden kann.

Weiters sind auch die Schlagworte „Ownership“ und „Country in the Drivers Seat“ im entwicklungspolitischen Diskurs zu häufig gebrauchten Begriffen geworden. Dies ist einerseits auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass Programme, die von außen auferlegt werden und im Land nicht mitgetragen werden, oft zum Scheitern verurteilt sind. Weiters sollen die Länder selbst mehr Verantwortung für ihre Entwicklungsstrategien übernehmen.

- Die Politik des Währungsfonds und der Weltbank steht seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise in den 80er Jahren im Kreuzfeuer der Kritik von zahllosen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Mit dem Eintritt James Wolfensohns als Weltbankpräsident änderte sich der Diskurs der Weltbank und es erfolgte auch eine größere Öffnung hin zu zivilgesellschaftlichen Gruppen. Mit der Vorstellung des Comprehensive Development Framework (CDF) wurde eine Initiative für kohärentere Entwicklungsstrategien und verbesserte Geberkoordination gesetzt. Weiters wird seitdem auch vermehrt die Notwendigkeit einer möglichst breiten Beteiligung der BürgerInnen an Entwicklungsprozessen betont.
- Ein im Mai 2001 veröffentlichter Evaluierungsreport des US-amerikanischen Rechnungshofs legt auch einen weiteren Grund dar – weitere Einsparung von Entwicklungshilfegeldern: Wenn die Länder erfolgreiche Armutsbekämpfungsprogramme absolvieren und sich die Armutssituation verbessert, erfüllen sie auch nicht mehr die Kriterien für konzessionelle Kredite (also Kredite zu besseren Konditionen als den Marktbedingungen), und der Internationale Währungsfonds benötigt weniger Geld von seinen Mitgliedern.

Die Chancen und Risiken der neuen Strategie

Ein weiteres Instrument der Konditionalität

Im Kern stellt das PRSP ein weiteres Instrument der Konditionalität dar und wird in vielen Ländern als ein Dokument gesehen, das erstellt werden muss, um Zugang zu Entschuldung und zu Krediten des IWF und der Weltbank zu bekommen, und nicht als ein Prozess, der es

Ländern erlaubt, ihre eigenen Prioritäten für Armutsbekämpfung und Budgetgestaltung setzen zu können.

Einerseits kann somit das PRSP den Schuldenerlass weiter hinausschieben, andererseits verhindert die Bindung an den Schuldenerlass, dass die Formulierung mit der notwendigen Zeit und Sorgfalt geschieht, worunter die Qualität des Programms leidet. Dazu kommt, dass für die Erstellung des PRSP zwar das Ausmaß der Armut in dem jeweiligen Land analysiert werden muss, dieses aber keinen Einfluss auf die Höhe des Schuldenerlasses hat.

Unterschied zur bisherigen Strukturanpassung?

Die große Frage, die sich gleich zu Beginn der Präsentation des PRSP-Ansatzes stellte war, ob die Programme, die nicht den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Internationalen Finanzinstitutionen entsprechen, dennoch genehmigt würden. IWF und Weltbank versicherten darauf, dass die Formulierung des Programmes wirklich dem Land obliegen soll, und dass auch abweichende Programme angenommen werden würden.

Ob dies tatsächlich der Fall ist, wird schwer nachweisbar sein: Regierungen, die dringend Ressourcen benötigen, werden geneigt sein, Strategien zu formulieren, bei denen sie wissen, dass sie den Vorstellungen von IWF und Weltbank entsprechen – auch wenn diese in Konflikt mit den eigenen Prioritäten für Armutsbekämpfung und Budgetgestaltung sowie mit den Resultaten des Konsultationsprozesses stehen.

Der US-amerikanische Rechnungshof untersuchte die PRSPs dreier Länder (Honduras, Benin und Albanien) und kam zu dem Ergebnis, dass diese nicht wesentlich von den vom IWF formulierten Strukturanpassungsprogrammen abwichen. Weder war eine Einschätzung der sozialen Auswirkungen der durchzuführenden Reformen enthalten noch Maßnahmen, um negative Effekte abzumildern.

Auch andere Erfahrungen zeigen, dass die PRSPs weiterhin von den traditionellen Zutaten der Strukturanpassungspolitik dominiert werden. Armutsbekämpfung beschränkt sich meist auf Ausgaben für Gesundheit und Bildung, sowie die Ausweitung sozialer Si-

cherheitsnetze. Die Auswirkungen der Spar/Strukturanpassungspolitik, ihre GewinnerInnen und VerliererInnen, werden nicht berücksichtigt (Selvaggio, 2001, 6).

Die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen makroökonomischer Politik und Armutsbekämpfung müssen in diesem Zusammenhang noch genauer untersucht werden. Obwohl makroökonomisches Gleichgewicht sowie gesamtwirtschaftliches Wachstum zweifellos wichtig sind, beeinflussen auch Faktoren wie die sektorale Struktur des Wachstums, die Steuerpolitik und die Vermögens- und Einkommensverteilung die möglichen Auswirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die Armutsreduktion. Ein zu strenges Einhalten von Stabilitätskriterien kann sogar laut US-amerikanischem Rechnungshof Wachstum verhindern (GAO, 2001, 7).

Konsultationsprozess

Die Einführung einer verpflichtenden Konsultation mit der Bevölkerung stellt zweifellos einen Fortschritt der Politik v. a. des Internationalen Währungsfonds dar. Bei der konkreten Durchführung und dem effektiven Einfließen der Ergebnisse in das Armutsbekämpfungsprogramm gibt es bisher sehr unterschiedliche Erfahrungen.

- Die Beteiligung an der Formulierung von Armutsbekämpfungsprogrammen verlangt Fähigkeiten und Know How, das in den meisten Fällen in den zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht oder nur unzureichend vorhanden ist. Die Entwicklung der notwendigen Fähigkeiten für die beteiligten Gruppen ist somit von großer Bedeutung. NGOs aus dem Norden, wie z. B. Misereor oder Oxfam, unterstützen bereits ihre Partnerorganisationen bei dieser Aufgabe.
- Die Bereitschaft der Regierungen, die gesellschaftlichen Gruppen und Akteure („stakeholders“) am Formulierungsprozess zu beteiligen variiert sehr stark. In einigen Fällen wird Konsultation und Partizipation ernst genommen, in anderen Fällen erfolgt eine „pro-forma“-Konsultation, weil dies eben Bedingung für die Gewährung des PRSP ist, ohne Auswirkungen auf das Programm selbst.

So gab es z. B. in Uganda und Tansania schon vor der Einführung der PRSP-Initiative recht erfolgreiche Beteiligungsprozesse bei der Formulierung von Armutsbekämpfungsprogrammen. In Kenia und Sambia lief zwar der Beteiligungsprozess nicht optimal, doch führte das Programm zu dem positiven Nebeneffekt, zu einem Bewusstseinsbildungsprozess und einer Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Gruppen beizutragen. In Nicaragua wurden die Inputs der Zivilgesellschaft in keinster Weise berücksichtigt, das PRSP wurde schon vor der Konsultation mit der Zivilgesellschaft an IWF und Weltbank geschickt³, auch in Honduras besprach die Regierung ihre Armutsdiagnose vorher mit den Internationalen Finanzinstitutionen und erst dann mit der Zivilgesellschaft.

- Insgesamt gibt es die Tendenz, die nationalen Parlamente bei der Formulierung der Armutsbekämpfungsprogramme nicht einzubinden.
- Eine Herausforderung wird auch die Rolle der zivilgesellschaftlichen Gruppen bei der Beobachtung der Implementierung der im PRSP formulierten Maßnahmen sein. Eine Studie des Overseas Development Institute vom Mai 2001 hält fest, dass „Monitoring arrangements have generally been the last thing to be considered within PRSP processes“ (ODI, 2001, 6).

Drivers Seat?

In vielen Ländern ist eine Überforderung durch den PRSP-Prozess zu erkennen, wie sich z. B. bei einem Treffen der Finanzminister der HIPC-Staaten im Juni 2001 in London zeigte (DRI, 2001, 2). So gibt es wenig Know How über die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik und Armutsbekämpfung. Oft sind weder die notwendigen statistischen Informationen noch Analyseinstrumente vorhanden. Dies führte in manchen Fällen sogar dazu, dass IWF und Weltbank mit dem Entwurf der Programme betraut werden. Auch insgesamt ist die Rolle von IWF und Weltbank bei der Formulierung der Papiere viel größer als sie dieses in ihren Strategiepapieren gerne angeben.

Übergang von IPRSP zu PRSP

Die Formulierung des IPRSP erfolgt wie bereits erwähnt unter großem Zeitdruck und ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft. Die geplanten Maßnahmen müssen im IPRSP teilweise schon ausgewiesen werden. Es liegt somit nahe, dass das IPRSP bestehenden Strategiedokumenten – wie z. B. dem Policy Framework Paper (PFP) des Internationalen Währungsfonds – sehr ähnlich ist. Ist das IPRSP einmal festgeschrieben, liegt es nahe, dass die Inhalte unverändert in das PRSP übernommen werden und die Positionen der Zivilgesellschaft nicht einfließen können. Genau dies scheint z. B. in Burkina Faso passiert zu sein (Eurodad, 2000, 9).

Zusammenhang zwischen bereits bestehenden Armutsstrategien und dem PRSP

In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Tansania, Uganda oder Mosambik wurde schon vor einiger Zeit – unabhängig von der PRSP-Initiative – ein partizipativer Prozess zur Formulierung einer Armutsbekämpfungsstrategie eingeleitet. Anstatt auf diesen Mechanismen aufzubauen, wurde aufgrund der strengen Auflagen und des Zeitdrucks ein eigener PRSP-Prozess begonnen, was einerseits, wie z. B. in Tansania oder Mosambik (Eurodad, 2000, 4) die bestehenden Prozesse unterminierte bzw. die Anstrengung und Ressourcen verdoppelte. Der PRSP-Prozess war in Tansania sogar weniger konsultativ und weniger an Armutsreduktion orientiert als das bei anderen Prozessen in den Vorjahren der Fall gewesen war (ODI, 2001, 4). Selbst Uganda, dessen PEAP (Poverty Eradication Action Program) das wahrscheinlich am besten ausgearbeitete Armutsbekämpfungsprogramm der PRSP-Länder ist, hat zusätzlich dazu noch ein eigenes PRSP formuliert.

Geberkoordination

Das PRSP soll auch den Rahmen für ein einheitliches und koordiniertes Vorgehen der verschiedenen bilateralen und multilateralen Geber vorgeben. Eine Bereitschaft, sich in diesen Prozess einzugliedern würde bedeuten, mehr Mittel und diese für längere Zeiträume verbindlich zuzusagen sowie die Länderstrategien den

PRSPs unterzuordnen und Projekte vermehrt in Sektorprogramme zu integrieren⁴.

Die Frage ist, wie groß der Wille der verschiedenen Geber für wirkliche Politikkoordination ist und ob dieser größer ist als die Eigeninteressen hinsichtlich Einfluss und Sichtbarkeit der jeweiligen Leistungen vor Ort.

Ein wichtiger Schritt wäre bereits die Koordination der PRSP-Fortschrittsberichte und Evaluierungen der einzelnen Geber, da durch viele Einzelaktivitäten und die damit verbundenen Anforderungen enorm viele Kapazitäten in den jeweiligen Ländern gebunden werden.

Nationale und internationale Rahmenbedingungen

Die Ursachen für die hohe Armut in den verschiedenen Ländern sind vielfältig, und die Probleme, um die Armut zu bekämpfen, sind nicht nur von technischer Natur, auch gesellschaftliche Kräfteverhältnisse spielen eine bedeutende Rolle. Eine Weltbankstudie⁵ hat z. B. ergeben, dass in Programmen jene Reformen nicht erfüllt werden, die sich nachteilig auf einflussreiche Akteure und Interessensgruppen auswirken würden (Weltbank 2001).

Auch die internationalen Rahmenbedingungen haben einen bedeutenden Einfluss auf den potentiellen Erfolg einer Armutsbekämpfungsstrategie. Hier ist die Frage, wieviel Spielraum für eigenständige Politik und Prioritätensetzung im Rahmen einer fortschreitenden ökonomischen Globalisierung im Allgemeinen und den WTO-Verträgen im Speziellen überhaupt übrig bleibt. Gerade die ärmsten Entwicklungsländer zählen hier tendenziell zu den Verlierern.

Um dem gegenzusteuern, wäre eine globale Politik vonnöten, die die Interessen aller Länder und ihrer Bevölkerung berücksichtigt. Die Internationalen Finanzinstitutionen wären globale politische Kooperationsinstitutionen, innerhalb derer eine solche Politik des Ausgleichs gemacht werden könnte. „Weder die mangelnde Globalität noch die mangelnde Kooperation sind das Problem, sondern der Inhalt der globalen Politik und die ungleichen Kräfteverhältnisse bei ihrer Festsetzung und Durchsetzung.“ (Huffs Schmid, 2001, 6).

In diesem Sinn können die Armutsbekämpfungsstrategien nur nachhaltigen Erfolg zeigen, wenn auch international die geeigneten Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Literatur

- Bread for the World Institute (Juni 2001): Debt Relief in Africa: Is it Working? A Civil Society View: The Experience of Uganda, Tanzania and Mozambique, Dossier # 6,*
- Debt Relief International (DRI) (2001): HIPC Debt Strategy, Issue 9, 3rd Quarter 2001*
- European Network for Debt and Development (EURODAD) (September 2000): Poverty Reduction Strategies: What have we learnt so far?, Url: www.eurodad.org/2poverty/indexpoverty1.htm*
- Globalization Challenge Initiative (Oktober 2000): News & Notices for IMF and World Bank Watchers, Volume 2, Number 3, 2000, Url: www.challengeglobalization.org/html/news_notices/fall2000/fall2000_03.shtml*
- Huffs Schmid, Jörg (Juli 2001): Wir brauchen eine neue Reformpolitik, in: Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung, 7/8 2001, S. 6–7, Bonn*
- Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (April 2001): Guidelines for Joint Staff Assessments of a Poverty Reduction Strategy Paper, Washington*
- IWF (August 2000): Key Features of IMF Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF) Supported Programs, Url: www.imf.org/external/np/prgf/2000/eng/key.htm*
- IWF (Mai 2001): The IMF's Poverty Reduction and Growth Facility (PRGF), A Factsheet, Url: www.imf.org/external/np/exr/facts/prgf.htm*
- Overseas Development Institute (Mai 2001): PRSP Institutionalisation Study, Third Progress Report, Url: www.odi.org.uk/pppg/progress_report3.pdf*
- PRS-Listserve (4.9.2001): Up date on PRSP in Nicaragua, Listserve-Archiv: Url: www.eurodad.org*
- Selvaggio, Kathleen (Juni 2001): Von der Verschuldung zur Armutsbekämpfung, CIDSE und Caritas Internationalis, Brüssel/Vatican*
- United States General Accounting Office (GAO) (Mai 2001): Few Changes Evident in Design of New Lending Program for Poor Countries, Washington, DC; Url: www.gao.gov/new.items/d01745t.pdf*
- Weltbank (März 2001): Aid and Reform in Africa – Lessons from Ten Case Studies – Url: www.worldbank.org/research/aid/africa/release/aid.htm*

1 Details siehe http://www.challengeglobalization.org/html/news_notices/fall2000/fall2000_03.shtml

2 Ausgehend vom Jahr 1990. Näheres siehe: www.development-goals.org

3 siehe Artikel zu Nicaragua in dieser Publikation

4 Siehe dazu auch den Artikel von Markus Repnik in dieser Publikation

5 *Aid and Reform in Africa – Lessons from Ten Case Studies*